

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Wonnemonts-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgebühr), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 28.

Berlin, den 10. Juli 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. — Eine Verteidigung. — Die Anerkennung des Schiedspruches. — Rundschau: Neubestimmungen im Baugewerbe. „Sitz Berlin“ als Wähler über die Unabhängigkeit unseres Verbandes. „Wandelbar ist das Geschick“. Tarifverträge und Arbeitsordnungen. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Mühlhausen i. E. Paderborn. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Rechtsprechung. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

### Mitgliederverhältnisse.

Prompt wie immer ist der Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1909 erschienen. Er legt Zeugnis ab von der Bedeutung der zweitstärksten Gewerkschaftsgruppe Deutschlands und ihres wachsenden Einflusses. Es wird bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften unter den schwierigsten Verhältnissen sich nicht nur behaupten, sondern Fortschritte zu verzeichnen haben. Das ist im allgemeinen ein erfreuliches Bild, und ein hoffnungsvoller Ausblick für die Zukunft.

An der Gewerkschaftsbewegung gehen wirtschaftliche Niedergangsperioden nicht spurlos vorbei. Sie hemmen die organisatorische Initiative, unterbinden die agitatorische Stosskraft und dienen manchen wankelmütigen Mitgliedern zum Anlaß, wieder aus dem Kreis der gewerkschaftlichen Streiter auszutreten. Die Struktur des Wirtschaftsjahres 1909 war eine außerordentlich mannigfaltige und vielseitige. Der Jahresanfang traf die in der zweiten Hälfte von 1907 begonnene wirtschaftliche Depressionsperiode auf ihrem tiefsten Stand an; von April an besand sich der deutsche Wirtschaftskörper in einer schwankenden Stellung, die erst im letzten Jahresdrittel eine langsame und feste Festigung erfuhr. Diese Entwicklung zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftsmarktes hat auch in den ersten Monaten des Jahres 1910 angehalten, so daß wohl die letzte Wirtschaftskrise als überwunden angesehen werden darf. Dennoch haben die christlichen Gewerkschaften die beiden Depressionsjahre verhältnismäßig gut überstanden; sie verfügten Ende 1909 wieder über annähernd die gleiche Mitgliederzahl, wie bei Beginn der Krise Ende 1907 und vermochten selbst in den beiden Jahren darniederliegender Konjunktur ihre Einnahmen noch um mehrere hunderttausend Mark zu steigern.

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen 22 Einzelverbände verfügten Ende 1909 über eine Mitgliederzahl von 280 061 gegen 260 767 am Jahresabschluß 1908, was einer Zunahme von 19 294 gleich 7,3 Prozent entspricht. Auch im ersten Halbjahr 1910 ist eine weitere Mitgliedersteigerung von etwa 20 000 festzustellen, so daß heute auf die betreffenden Verbände eine Gesamtmitgliedsziffer von 300 000 entfällt.

Einen Mitgliederzuwachs hatten: Deutsche Eisenbahnhändler und Arbeiter 8920, Bergarbeiter 3339, Bayerische Eisenbahner 1769, Kellner (neu beigetreten) 1185, Keramarbeiter (infolge Verschmelzung der Mayener Steinarbeiter mit dem Verbande) 833, Heimarbeiterinnen 714, Telegraphenarbeiter 585, Nahrungsmittelindustrie-Arbeiter 343, Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeiter 226, Lederarbeiter 140, Holzarbeiter 62, Graphische Gewerbe 57, Gutenbergbund 43, Krankenpfleger 22, Tabakarbeiter 16. Einen Mitgliederverlust hatten 4 Verbände von insgesamt 4094 Mitglieder. Diese Zahl bezieht sich auf die Mitgliederzahl vom Jahresabschluß 1908 gegenüber dem von 1909. Derselbe verteilt sich auf die Textilarbeiter mit 3255, die Schneider mit 520, die Metallarbeiter mit 314 und die Gärtner mit 5 Mitglieder. Der Mitgliederrückgang wurde indes im dritten Quartal 1909 in allen Verbänden zum Stillstand gebracht; seit dieser Zeit befinden sich wieder alle Organisationen hinsichtlich der Mitgliederbewegung in aufsteigender Linie.

Die einzelnen Verbände verfügten Ende 1909 über Mitglieder: Bergarbeiter 81 734, Bauarbeiter 35 465, Textilarbeiter 30 451, Bayerische Eisenbahner 28 017, Metallarbeiter 24 002, Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- usw. Arbeiter 11 312, Heimarbeiterinnen 6 476, Tabakarbeiter 6 016, Keramarbeiter 5 934, Lederarbeiter 4 198, Schneider 3 466, Telegraphenarbeiter 3 414, Maler 3 306, Gutenbergbund 2 931, Württembergische Eisenbahner 1 861, Graphische Gewerbe 1 462, Krankenpfleger 1 374, Nahrungsmittelindustrie-Arbeiter 1 302, Kellner 1 220, Gärtner 723. Die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbände, die früher als christlich-nationale Berufsorganisationen angesprochen werden wollten und alljährlich über ihre Mitgliederbewegung und Finanzgebarung an das Generalsekretariat des Ge-

samtverbandes der christlichen Gewerkschaften berichteten, sind dieses Jahr erstmals von der Berichterstattung ausgeschlossen worden. Gegen verschiedene dieser Organisationen (preussische und württembergische Eisenbahner) bildeten sich in den letzten Jahren eigene Sonderverbände, die bereits ihren Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vollzogen haben. Der Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien, der vor dem vollständigen Zusammenbruch stand, hat sich mit der polnischen Berufsvereinigung verschmolzen. Diese Organisation, die vor neun Jahren schon 15 000 Mitglieder zählte, könnte heute, wenn ihr eine energische, zielbewußte Leitung vorgestanden und sofern sie sich schon vor Jahren dem Gesamtverband angeschlossen hätte, in Oberschlesien eine dominierende Stellung einnehmen. Durch die verkehrte, kurzfristige Politik dieses Verbandes mitverschuldet, gleicht heute Oberschlesien einem organisatorischen Trümmerhaufen und befindet sich die dortige Arbeiterschaft sowohl in sozialer wie rechtlicher Hinsicht in einer geradezu jammervollen Lage. Nirgend in Deutschland hat sich eine verkehrte Organisationspolitik so gerächt wie in Oberschlesien. — Auch der Verband der badischen Eisenbahner ist durch seine isolierte Stellung in eine auf die Dauer unhaltbare Situation geraten. Er schwankt schon seit Jahren zwischen unangenehmem Vorradikalismus und zeitweise ebensowenig angebrachtem Servilismus hin und her, ohne in dieser Stellung wesentliche Vorteile für seine Mitglieder erzielen zu können. Man braucht kein Prophet zu sein, um voraussetzen zu können, daß der Verband einer stets unhaltbareren Lage entgegengeht, die schließlich unvermeidlich zur Krise führen muß. — Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hat sich von den Organisationen der Staatsangestellten am besten gehalten und entwickelt; die weitaus größere Hälfte der Mitglieder ist auch schon längst für den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; dieser wurde lediglich deshalb noch nicht getätigt, weil begründete Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit in der Anschlußfrage innerhalb des Verbandes eine einheitliche Auffassung herbeizuführen ist.

So ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften eine den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellende. Das darf uns selbstredend nicht abhalten mit verstärktem Eifer in die Agitation einzugreifen. Auf der ersten Jahreshälfte gewonnenen Position muß jetzt, wo das deutsche Wirtschaftsleben im Begriffe steht, sich wieder zu konsolidieren, mit Nachdruck weiter gearbeitet werden. Die christlichen Gewerkschaften stellen zweifellos keine aufgepöppelte Organisationsgruppe dar, sie mußten sich durchsetzen sowohl gegenüber der scharfmacherischen Richtung im Unternehmertum, der sozialdemokratischen Bewegung, den katholischen Fachabteilungen und den mit letztern verwandten gelben Gewerkschaften. Sowohl die Scharfmacher wie auch die katholischen Fachabteilungen und die gelben Gewerkschaften haben zeitweise geglaubt, ihre Pfeile schärfer gegen die christlichen Gewerkschaften richten zu sollen, wie selbst gegen die sozialdemokratische Bewegung, nicht mit dem gewünschten Erfolg. In diesem Kreuzfeuer sind unserer Bewegung eine Anzahl Kämpfernaturen entstanden, die auch konzentrische Angriffe abzuwehren gelernt haben. Schließlich hat der unausgesetzte Kampf nach den verschiedenen Richtungen nur bewirkt, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zwischen Mitgliedern und leitenden Instanzen sich ein unerschütterliches Vertrauensverhältnis herausgebildet hat. Möge es so bleiben und insbesondere die Zahl der organisatorischen Mitarbeiter sich in den folgenden Jahren unausgesetzt vergrößern, und der christliche Gewerkschaftsgedanke wird sich weiter durchsetzen; Den Anhängern zum Aufbruch zum Trug.

## Eine Verteidigung.

Die Gründe, warum der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend dem Deutschen Arbeiterbund nicht folgte, vielmehr seine eigenen Wege ging, waren uns im allgemeinen bekannt. Zum Teil lagen sie auch nur allzu nahe. Den Berliner Bauunternehmern sind ob ihres Handelns die schärfsten Vorwürfe gemacht worden. Titulaturen wie Renegaten usw., die ja nicht schmeichelhaft klingen, waren nicht die schlimmsten.

Nun hat der Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend eine Schrift erscheinen lassen, die sein Verhalten rechtfertigt. Wir wissen gestehen, daß das in sehr geschickter Weise geschehen ist. Die Schrift wird ihren Eindruck auf die Mitglieder des Bundes kaum verschleien, wie sie den heutigen Leitern desselben unangenehm sein wird. Denn in letzter Linie wird diesen die Schuld am Kampfe zugeschoben, weil sie auf den Kasstandruck ihres damaligen Vorsitzers, Herrn Heuer, nicht hörten.

Dier Gründe waren es in der Hauptsache, die die Berliner Bauunternehmer bewogen, außerhalb der allgemeinen Bewegung sich mit den Arbeiterorganisationen zu verständigen. Sozial-

politische Erwägungen, taktische Rücksichten, wirtschaftliche Gründe und persönliche Differenzen.

Es berührt angenehm, vernehmen zu können, daß der Verband der Berliner Baugeschäfte sich nicht mit den bekanteten. Anträgen des Arbeitgeberbundes befreunden konnte, sie zum allerwenigsten eines Kampfes wert hielt. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet feierten diese ihre Kaiserkrönung, resp. wurden von anderen Unterverbänden übernommen und in der schärfsten Weise vertreten. Die Nordwestdeutsche Interessengemeinschaft gab den Treiber ab, wie diese als Kulissen-schieberin in erster Linie die Mitverantwortung für den Kampf trägt.

„Sein schwächliches Nachgeben, es werden nur Verträge angenommen, die unsere Bedingungen enthalten, sonst wird ausgesperrt.“

„Der Dreizehner-Kommission ist aufzugeben, dafür zu sorgen, daß der Vertrag in diesem Sinne (d. h. nach den Wünschen der Interessengemeinschaft) geändert wird. Er muß so lauten, daß ihn die Arbeiterführer nicht annehmen dürfen und deshalb zum Streik gezwungen werden.“

„Man werde dann anders dastehen, als vor zwei Jahren, da man vieles gelernt habe, vor allen Dingen gelernt habe, die „Gefühlsdusele“ abzulegen.“

Diese Gedanken und Worte gingen von der Nordwestdeutschen Interessengemeinschaft, die in innigster Verbindung mit der Großindustrie stand, aus. Angesichts dieser und ähnlicher Äußerungen des Arbeitgeberbundes f. d. B. seit langen Jahren, trifft die Beantwortung, warum der Bund aus seiner früheren Tarifgegnerschaft, die den Berlinern wegen ihrer Tariffreundlichkeit so manche Anfeindung eintrug, sich zu einem so großen Tariffreund entwickelt habe, daß er sogar Verträge über das ganze Reich erzwingen wolle, durchaus das Richtige:

„Ob nur die wachsende soziale Einsicht den Deutschen Arbeitgeberbund so rasch zum Tariffreund umänderte, möge dahingestellt bleiben, zum mindesten wird der Gedanke, das gesamte deutsche Baugewerbe beim Abschluß eines Vertrages einheitlich zu lenken, die Möglichkeit zu haben, eines Tages auf einen Schlag den Gegner durch die riesenhafte Ausdehnung des Kampfgebietes in wenigen Tagen zu vernichten, manchem sehr verlockend erschienen sein. Ja, wenn man so etwas vermittelt der Tarifverträge erreichen konnte, ließ man sich diese nützlichen Institutionen recht wohl gefallen und wurde begeistert Tariffreund sans phrase.“

Das haben auch wir bisher behauptet, nun findet das von offizieller Seite seine Bestätigung. Wir können daher auch kaum annehmen, daß der Arbeitgeberbund es mit seinem ersten Versuch, der auf der ganzen Linie glänzend abgeklungen worden ist, bewenden lassen wird. Zu gegebener Zeit wird er wieder damit kommen, und dann erst wird die endgültige Entscheidung fallen.

Infolge der gestellten bekanteten Anträge geriet der Arbeitgeberbund in eine äußerst schwierige Lage. Die Arbeiterführer taktierten nach dem Zeugnis des Verbandes der Berliner Baugeschäfte in sehr geschickter und kluger Art. Ihre eigenen Anträge verschwanden nach und nach, während der Deutsche Arbeitgeberbund mit einer Auslese schwerwiegender Anträge anrückte, die dem Gegner eine Fülle von Angriffspunkten in der Öffentlichkeit gaben. „Lohnforderungen wurden unter Hinweis auf die noch nicht feststehende Vertragsdauer bei den öffentlichen Verhandlungen abgelehnt. Diese hätten bei der beantragten fünfjährigen Vertragsdauer naturgemäß hoch ausfallen müssen. Im Hinblick auf die öffentliche Meinung wäre es dem Bund natürlich höchst willkommen gewesen, unerfüllbarer Lohnforderungen der Arbeiter halber, als wie wegen seiner eigenen Forderungen, auszusperren. Die widerstrebenden Arbeitgeber wären damit ebenfalls leicht gewonnen worden. Die Arbeiterführer umgingen diese Klippe. „Consequent bis zum äußersten, führten sie ihre Taktik durch, den Bund in den Klagen der Öffentlichkeit als Angreifer hinzustellen. Der Fortschritt wurden zwar in den meisten Gebieten die örtlichen Verhandlungen abgelehnt, die Arbeiterführer spielten ihre Rollen herunter, das Resultat war überall gleich.“

Trotz dieser ungünstigen Position und trotz des Drängens des Verbandes Berliner Baugeschäfte, war der Bund nicht zum Verzicht auf seine Forderungen zu bewegen. Schon vor der Straßburger Generalversammlung legte Herr Heuer den Vorstoß nieder und lehnte auch die Berichterstattung über die gepflogenen Verhandlungen ab. Nur auf allseitiges Drängen, und da Herr Baurat Felsch drohte, dann ebenfalls sein Amt niederlegen zu wollen, befiel er wieder den Vorstoß. Die Berliner setzten es durch, daß eine „möglichst farblose Resolution“ angenommen wurde. „Zeit gewonnen, alles gewonnen.“ In der Folgezeit hat sich bewiesen, daß das alles zwecklos war, die Nordwestdeutsche Interessengemeinschaft befiel ihren Willen. In der Dreizehner-Kommission kam es zu scharfen Auftritten, die bei den wieder aufgenommenen Verhandlungen am 9. März bereits zur

Katastrophe zu führen drohten. Der Zusammenstoß erfolgte vor- mittags. Feuer lehrte es ab, die Verhandlungen mit den Arbeitern am Nachmittag weiterzuführen, trotzdem ließ er sich dazu be- wegen zu bleiben und seine Funktion weiter auszuüben. Das war gewiß eine Leistung, für die sich nicht jeder Mann eignet. Die folgenden Ereignisse sind bekannt. Der Stein war im Rollen und durch nichts mehr aufzuhalten.

Die Berliner Bauunternehmer sind durch die Erfahrung gewichtig, daß man zur Durchführung eines so gewaltigen Kampfes „eine zugkräftige Parole, ein Schlagwort, eine For- derung, die jedermann versteht, und die den Kampf sozusagen zum Siege trägt“, braucht. In der Großstadt ist ein solcher Kampf noch viel schwieriger durchzuführen wie in der Klein- stadt, weil infolge der Großbetriebe, der größeren Konkurrenz, das alles viel einschneidender wirkt. Da ist die Unterstützung durch die Behörden, des bauenden Publikums und der öffent- lichen Meinung unbedingt erforderlich. Die Opfer der Aus- sperrung von 1907 haben ja auch manche Berliner Unternehmer noch nicht ganz überwunden; daß sie da nun wegen so unpopu- lärer Forderungen bei ihrem größeren wirtschaftlichen Risiko zu einer Aussperrung greifen würden, das wäre allerdings zu viel gefordert gewesen. Und wir wagen heute zu behaupten, daß wenn Berlin und Hamburg mitgemacht hätten, die Nieder- lage des Bundes eine noch viel größere geworden wäre. Nummern wäre die Zahl der Ausgesperrten nicht bedeutend erhöht worden, da nur der kleinste Teil der Arbeiter entlassen worden wäre. Die aus beiden Städten eingegangenen Zuschlags- beiträge konnten das Schicksal eines solchen Kampfes nicht ent- scheiden. Die Berliner Unternehmer standen einer geschlossenen Mehrheit gegenüber, die in der Nordwestf. Interessengemeinschaft verförpelt war. Diese umfaßte fast ganz Deutschland unter Aus- schluß Berlins. Ihre Sitzungen fanden regelmäßig vor den Tagungen des Bundes statt, und wurde hier festgelegt, was dort beschloffen werden sollte. Daraus mußten persönliche Diffe- renzen und Rivalitäten entfallen. Es gewinnt den Anschein, als ob man bei den leitenden Personen der Interessengemein- schaft sich einer gewissen Freude über den Absentismus der Ber- liner hingegeben habe, um so gewisse Personen totzukriegen. Denn es nimmt sich doch sonderbar aus, wenn zunächst die Flo- kierung Berlins absichtlich betrieben, und dann von Berlin als einem Fremdkörper im Bunde die Rede ist. Was scheint, daß in dem Buch noch lange nicht alles gesagt ist, was man weiß.

Ein eigenartiges Buch. Nicht oft kommt es vor, daß Arbeitgeber aus anzuerkennenden sozialpolitischen Gründen, abgesehen von der Arbeitsnachweisfrage, in ähnlicher Weise wie hier, öffentlich Stellung gegen ihre eigenen Berufsangehörigen nehmen. Der gerade, offene Weg war noch immer der beste, und wenn neben den Lehren der jetzigen Aus- sperrung das Buch dazu beitragen würde, den scharfmacherischen Kurs des Bundes zu ändern, so wäre das immerhin ein Gewinn. Wir glauben das so ohne weiteres noch nicht annehmen zu können. Dazu gehören noch größere Opfer, das waren noch immer die besten Schreier. Herr Feuer hat bei dem Kampf recht behalten. Wir glauben, daß diejenigen, die ihn heute verdammen, eines Tages wieder zurückrufen. Er wird der kommende Mann im Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe sein. Das Buch liefert aber auch den weiteren Beweis, daß die von den Arbeiterorganisationen eingeschlagene Taktik die einzig richtige war. Diese brachte uns den Erfolg, und daran sollte man heute nicht mythologischerweise züchteln.

**Die Anerkennung des Schiedspruches.**

Allmählich glätten sich die noch infolge der Aus- sperrung hochgehenden Wogen und nach und nach tritt eine ruhigere Auffassung der Lage ein. Das bezieht sich natürlich nur auf jene Orte, wo der Schiedspruch nicht befriedigt hat. Die in der ersten Erregung beschlossene Arbeitsniederlegung, die auch in einer Anzahl Orte durch- geführt wurde, ist bis auf einzelne Orte rückgängig gemacht worden, und dürften in kürzerer Frist auch die letzten folgen. In Breslau wurde der Streik wieder aufgehoben, desgleichen in Leipzig von den Bauhilfsarbeitern und Zimmerern. Es streiken bis zur Stunde noch die Maurer in Leipzig, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer in Magdeburg und Düsseldorf, die Zimmerer in Dortmund und Essen. Es mögen dann noch einige kleinere Orte hinzukommen. Wir betonen nochmals, die Stunden aller dieser Arbeitsniederlegungen werden gezählt sein.

Erfreulicherweise haben sich die Mitglieder unseres Ver- bandes an den Arbeitsniederlegungen nicht beteiligt. Nur in Oberschlesien scheinen infolge von Unklarheiten Bau- sperrern verhangen worden zu sein, die nicht im Einklang mit dem Schiedspruch stehen. Im Interesse des Ansehens unserer Organisation muß erwartet werden, daß auch der letzte Verbandsfunktionär sich der Tragweite seiner Schritte bewußt ist und sich von keinerlei Forderungen trennen läßt.

Das gewalttätige Aufbäumen einzelner gegen den Ab- schluß einer so gewaltigen und tiefgreifenden Bewegung ist nutzlos verschwendete Kraft. Sie muß immer unfrucht- bar verlaufen, wenn nicht gar Schlimmeres daraus ent- steht. Geht den Fall, eine Verbandsleitung habe den Opponenten schwächlich nachgegeben, was wäre die Folge gewesen? Das ganze große Werk, mit seinem eminenten Erfolg für die Arbeiter, stand alsdann in Frage. Wir be- finden uns wieder im gleichen Zustand wie vor Wochen, mit dem Unterschied, daß die ganze Verantwortung für das Scheitern auf uns gefallen wäre. Eine solche Be- lastungsprobe nach einem fast zehnwöchigen Kampf auf uns zu nehmen, das wäre des Guten zuviel geworden. Verständnis hätten wir damit nirgends gefunden, selbst in den Reihen unserer eigenen Kollegen nicht, soweit ihre Wünsche befriedigt, ja sogar noch übertroffen worden sind. Ein Abspalten gegen die Bauarbeiter hätte eingeleitet, wie sie es noch nicht erleben. Ja, was sollten erst die anderen Berufe sagen, die noch soeben ihr Schicksal für die Bauarbeiter opferten, denen aber in ihrem eigenen Ge- werkschaftskampfe Erfolge wie die unsrigen bisher ver- sagt blieben? Das ist ja kaum auszudenken. Der letzte Rest von Sympathie mußte uns verloren gehen, da wir

mit einer Ablehnung der gesamten Arbeiterbewegung un- endlichen Schaden zufügten, während sie so an unseren Er- folgen mit partizipieren. Und die Scharfmacher und Tarifgegner mühen so schon das zum Teil noch bestehende Durcheinander für ihre Zwecke weibliich aus. Das geschieht mehr im Geheimen, als wie öffentlich erichtlich wird. Wenn sogar ein radikal sozialdemokratisches Blatt, wie die „Leipziger Volkszeitung“, die streikenden Bauarbeiter von Leipzig zur Vernunft und Einsicht mahnt, so besagt das gerade genug. Darüber sind sich alle Einsichtigen klar, aus einer Nichtanerkennung des Dresdener Schiedspruches durch die Arbeiter wäre für diese aus einem Seban ein Sena geworden, wie das nicht gründlicher hätte sein können.

Bei Meilenmärschen, wie dem verfloffenen, ist mehr Einsicht am Plage denn je. Nicht die Interessen des ein- zelnen oder eines Ortes stehen hier auf dem Spiel, son- dern die Interessen hunderttausender Arbeiter. Da heißt es scharf durchgegriffen, ohne Zaudern und ohne Sentimen- talität. Mit Glacéhandschuhen und Filzpantoffeln kommt man da nicht weit. Wo die eigene Einsicht nicht weit genug reicht, muß mit allen Mitteln der Organisation ein- gegriffen werden. Auch nicht die niederträchtigen Worte, wie „Arbeiterverräter“ oder „Ihr habt gut reden, ihr Beamten, ihr habt schon ein hohes Gehalt, und das müßten wir bezahlen“, können und dürfen einen Arbeiterführer von dem als richtig erkannten Ziel abhalten. Das tut wohl unendlich weh und erhöht auch nicht die Schaffens- freudigkeit, aber deshalb läßt man die Verbündeten doch nicht in ihr Unglück sich stürzen. Hier bestätigt sich meistens die Erfahrung, daß die „radikalsten“ nicht die eifrigsten in Bezahlen der Zuschlagsbeiträge und auch nicht die eifrigsten Versammlungsbesucher sind.

Angesichts der in dieser Bewegung von den Bauarbei- tern gebrachten Opfer sollte man solche Erfahrungen über- haupt für undenkbar halten. Fast übermenschliches ist ver- langt und auch erfüllt worden. Die Beiträge waren nicht das kleinste. Die Gewerkschaftsparole, nirgends frei- willig die Arbeit einzustellen, ist auf der ganzen Linie eingehalten worden. Seinen Kollegen, Freund, Bruder oder Vater entlassen zu sehen, während man selbst zur Fertigstellung der dringendsten Arbeiten zurückgehalten wurde, das ist doch wahrlich keine Kleinigkeit. Die Selbst- beherrschung brachte das schier unerträgliche Opfer, daher ist es um so verwunderlicher, daß nunmehr am Schluß der Bewegung die Disziplin in so bedenklicher Weise ge- lockert erscheint.

Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß nur in ganz vereinzelten Ausnahmefällen Kollegen unseres Verbandes sich zu Unbesonnenheiten haben hinreißen lassen. Und wir können auch mitteilen, daß es einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen hat, daß sie an den Arbeitsnieder- legungen sich nicht beteiligten, auch die ersten waren, die die Arbeitsniederlegung vollzogen, nachdem sie die An- weisung des Verbandes dazu hatten. Sie werden heute bereits einsehen, daß dies das Zweckmäßigste war, und daß sie dadurch vor Schaden und auch vor Spott bewahrt blieben.

Auf eines glauben wir jedoch hinweisen zu müssen. Bei manchem unserer Mitglieder scheint eine verkehrte Auf- fassung über das Solidaritätsgefühl vorhanden zu sein. In einigen Orten nahmen sie nur ungern die Arbeiter früher als die Angehörigen anderer Organisationen auf, und in anderen Orten, wo der Streik proklamiert wurde, setzten sie nicht gerne die Arbeit fort. Sie meinten, aus Solidarität gegenüber den anderen dürften sie das nicht tun. Das würde entschieden zu weit gehen, und wäre eine solche Solidarität auch durchaus unangebracht. Vorheiten unterstützt man nicht. Solidarität soll aber auch nur dort gegeben werden, wo es sich um eine sittlich einwandfreie Sache handelt, und wo sie auf gegenseitiger Vereinbarung ruht. Die Nichtaufnahme oder die Wiederniederlegung der Arbeit war in diesem Falle ein Verstoß gegen eine auf Treu und Glauben beruhende Abmachung, und gegen den von dem freiwillig anerkannten Schiedsgericht gefällten Schieds- spruch, der endgültig bindend für die Parteien war. Wir nennen das den gesetzlichen Zustand, zu dem die Arbeit auf- genommen werden mußte. Jede Verweigerung der Arbeit war dagegen ein Verstoß. Da kann es nicht mehr angehen, daß man anderer zuliebe, trotzdem diese gegen den Vertrag verstoßen, unangebrachte Solidarität übt, da dies in solchem Falle absolut verwerflich ist. Wir wollen und dürfen uns den klaren Rechtsstandpunkt nicht trüben lassen, er muß allein für unser Handeln entscheidend sein. Dazu tritt die Disziplin gegen die eigene Organisation, deren Anwei- sungen zu befolgen sind, und deren Ansehen nicht leicht- fertigerweise geschädigt werden darf.

So tritt denn allmählich die Ruhe wieder ein und wird der normale Zustand zu einem stetigen. Nutzen wir die Zeit zu eifriger, eifriger Agitation.

Am Sonntag, den 26. Juni, fanden in den Bezirken Köln, Bochum, Paderborn und Hannover Bezirks-Konfe- renzen statt, die sich mit dem Resultat der beendeten Aus- sperrung befaßten. Dieselben wiesen einen starken Besuch auf und nahmen einen erhebenden Verlauf. Gewiß, manche Kollegen hätten mehr zu erreichen gewünscht, aber im all- gemeinen trat die Befriedigung über den Erfolg zutage. Dem wurde in entsprechenden Resolutionen Ausdruck ge- geben, und der Verhandlungskommission das Vertrauen ausgesprochen. In allen Konferenzen wurden entsprechende Anweisungen zu der nunmehr mit Entschiedenheit aufzu- nehmenden Agitation für den Verband gegeben.

**Sitzung mit dem Arbeitgeberbund zur Beilegung der noch bestehenden Differenzen in Halle a. S.**

Im Hinblick auf die in einzelnen Städten noch bestehenden Differenzen berief der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auf Donnerstag, den 30. Juni, eine außerordentliche General- versammlung nach Halle a. S. ein. Der Generalversammlung ging am vorherigen Tage eine Vorbesprechung des Bundesvorstandes mit den Zentralvorständen der Arbeiter voraus, die dann unter Hinzuziehung der Herren Dr. Preuner und Beiseirat Dr. Wiefelbitz weitergeführt wurde. Ueber die Besprechung wurde folgendes Protokoll mit an- schließender Erklärung aufgenommen:

Halle a. S., den 29. Juni 1910.

Anwesend: Herr Dr. Wiefelbitz, Herr Dr. Preuner, Herr Ratrat Heißig, Herr Ratrat Entz, Herr Baumeister Noack,

Herr Baumeister Behrens, Herr Baumeister Freiß, Herr Ba- meister Wolfram, Herr Bömelburg, Herr Schrader, Herr Be- rendt, Herr Wiedeberg, Herr Becker.

Die Besprechung wurde um 4 Uhr von dem Vorsitzenden Herrn Dr. Wiefelbitz, eröffnet.

Es wurden die an einzelnen Orten noch bestehenden Differenzen im Baugewerbe durchgesprochen; nachdem hierüber bereits zwischen den Parteien allein eine Vorbesprechung statt gefunden hatte.

Es wurde festgestellt, daß alle Zentralorganisationen af- tinen zur Verfügung stehenden Mittel zur Durchsetzung der Dresdener Entscheidungen eingesetzt und mit Ausnahme weniger Orte Erfolg gehabt haben.

Es wurde beschlossen, daß die örtlichen Organisationen sofort mit den üblichen Verhandlungen beginnen sollen und daß die Zentralorganisationen sofort entsprechende Weisungen herauszugeben werden. Wenn von irgendeinem Orte die Ziffer III und VI der Dresdener Entscheidungen vorgegebene Termine nicht eingehalten werden können, soll dies nicht auf Vertragsverletzung angesehen werden, doch wird als letzte Termin für die Entscheidungen der II. Instanzen der 22. Juli dieses Jahres vereinbart.

Es wurde als vertragswidrig angesehen, wenn an einem Orte nur unorganisierte Arbeiter eingestellt werden, ebenso wenn sich irgendwo organisierte Arbeiter weigern, mit unorga- nisierten Arbeitern zusammenzuarbeiten.

Man war darüber einig, daß an der Frage des Arbeits- nachweises durch die gegenwärtigen Vertragsabschlüsse in keine Weise geändert worden ist; sie liegt vielmehr in jeder Hinsicht genau wie vor der Aussperrung.

Es wurde vereinbart, daß die folgende Erklärung veröffent- licht werden soll.

Die Besprechung wurde um 6 1/2 Uhr geschlossen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben, Dr. Wiefelbitz, Dr. Preuner, Entz, Noack, Th. Bömelburg, Wiedeberg, Gust. Behrendt, Jos. Becker, Fr. Schrader.

**Erklärung.**

**Der Kampf im Baugewerbe.**

Von zuständiger Seite geht uns folgender Bericht zu. Die ursprünglich nach dem Reichsamt des Innern eingeladenen Konferenz zwischen den Führern der Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat heute in Halle a. S. statt- gefunden. Es wurden die in den einzelnen Orten noch bestehen- den Differenzen grundsätzlich besprochen; auf ausdrücklichen Wunsch der sämtlichen Parteien wählten die Unparteiischen Beiseirat Dr. Wiefelbitz und Gerichtsdirektor Dr. Preuner den Besprechungen als Verhandlungsleiter bei. Dabei wurde festgestellt, daß zwischen den Führern der Zentralorganisationen über die Durchführung der Beiträge keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen, ferner daß die sämtlichen Zentralorganisationen bisher alle Mittel zur Durchführung der Entscheidungen des Schiedsgerichts angewandt haben, und bis auf wenige Orte auch ein Erfolg erzielt wurde. Wo in einzelnen Lokalorganisationen noch Schwierigkeiten bestehen, so stehen diese im Widerstreit mit den Abmachungen der Zentralorganisationen und den Entscheidungen des Schiedsger- richts. Das wird im Interesse des Ansehens der Zentral- organisationen und der Entwicklung der Tarifverträge all- fällig bedauert; aber auch in diesen Fällen ist angesichts der entschiedenen Haltung der sämtlichen Zentralorganisationen in kürzester Frist eine Beilegung der Differenzen mit aller Be- stimmtheit zu erwarten.

Weiterhin wurde übereinstimmend festgelegt, daß die ört- lichen Verhandlungen überall sofort aufzunehmen und so zu fördern sind, daß die im Schiedspruch festgelegten Endtermine (b. i. 8. und 15. Juli) tunlichst eingehalten werden.

**Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes.**

Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes, die in Halle tagte, war unserer Meinung nach ganz überflüssig. Nach der Entwicklung der Dinge mußten die Differenzen ja in kürzerer Frist beigelegt sein. Man scheint wieder aus einer gewissen Stimmung heraus gehandelt zu haben. Die Generalversammlung nahm folgende Entschlieung an:

„Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe steht in jeder Beziehung auf dem Boden des Schieds- spruchs des Dresdener Schiedsgerichts. Er fordert von seinen Mitgliedern die Erfüllung desselben und weiß seine Unterverbände an, in die örtlichen und Bezirksver- handlungen einzutreten und sie zu dem im Schiedspruch angeordneten Termine zum Abschlusse zu bringen. Er fordert die Erfüllung des Schiedspruches auch sowohl von den Zentral- wie von den Unterverorganisationen der Arbeitnehmer. Er faßt den Schiedspruch als ein untrennbares Ganzes auf und erklärt sich bezüglich der Erfüllung des Schiedspruches in allen Beziehungen solli- darisch mit jedem seiner Unterverbände.“

Die Hauptversammlung erwartet, daß nunmehr bis längstens 8. Juli die Arbeit in allen Vertragsorten wieder aufgenommen ist. Sollte dies nicht geschehen sein, so ermächtigt sie den Bundesvorstand, alle ihm geeignet erscheinenden Mittel zur Durchführung des Ver- trages und zum Schutze der Unterverbände zu bestimmen und entsprechende Anordnungen zu treffen.“

Die Generalversammlung war nur von 286 Dele- gierten besucht. Gegenüber den früheren Massenversamm- lungen ein Beweis dafür, daß das Interesse der Arbeitgeber an der Bewegung abgelaufen ist.

**Rundschau.**

Reinbestimmungen im Baugewerbe. Als es noch ungewiß war, ob es zu einer Aussperrung im Baugewerbe kommen würde, so schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz zeigte die Unternehmungslust im Bau- gewerbe schon eine weitgehende Kerse. Merkwürdig g'weise wirkte dann die Tatsache der Aussperrung selbst keineswegs sehr abschwächend auf die Unternehmungslust. Ganz im Gegenteil, schon im Mai ergab sich wieder eine leichte Belebung im Vergleich zum Vor- jahre, so daß nunmehr, da die Aussperrung ihrem Ende ent- gegengeht, mit einer starken Belebung nicht nur der Unter- nehmungslust, sondern auch der Bautätigkeit selbst zu rechnen ist. Die Reinbestimmungen in Aktiengesellschaften und Gesell- schaften m. b. H., soweit sie dem Baugewerbe angehören, be- tragen für die ersten fünf Monate der nachstehenden Jahre in 1000 M.:

1906	1907	1908	1909	1910
50 463	37 461	48 147	36 104	39 231

Das Jahr 1910 ist danach noch keineswegs günstig, wenn auch schon mit seiner Ziffer über 1907 und 1908 hinausragt. Günstiger war das Jahr 1908, das durch stärkere Neuinvestitionen die Vorbereitungen für die Besserung der Bauaktivität im Jahre 1909 schuf, besser war auch noch das am Ende der Hochkonjunktur stehende Jahr 1906. Aber auf eine auslebende Unternehmungslust darf doch aus den Ziffern für den Monat Mai geschlossen werden, da trotz der Ausperrung ein nennenswertes Plus gegenüber dem Vorjahre zu konstatieren ist. Die Summe der Neuinvestitionen stellte sich im Mai auf 9,73 Millionen Mark, das sind 4,45 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Vor allem sind für neugegründete Aktiengesellschaften höhere Ansprüche an den Geldmarkt gestellt worden; die Zahl der neuen Bau- und Terrain-Aktiengesellschaften, deren Gründung im Mai bekanntgegeben wurde, beläuft sich auf drei, das in diesen investierte Kapital beträgt 6,5 Millionen Mark. Es sind die Wittenauer Boden-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Berlin, die am 25. April mit einem Aktienkapital von 5 Millionen Mark neu gegründet wurde, ferner die Aktiengesellschaft für Betonbau Sachs & Pohlmann in Hamburg, deren Gründung am 31. März mit einem Kapital von 1 Million Mark erfolgte, und die Terrain-Aktiengesellschaft Heiligensee in Berlin, die am 11. Mai mit einem Aktienkapital von 500 000 Mark gegründet wurde. Im Mai vergangenen Jahres waren zwar ebenfalls drei Aktiengesellschaften gegründet worden, doch betrug deren Aktienkapital insgesamt nur 4,32 Millionen Mark. Im Mai 1908 waren überhaupt keine Aktiengründungen im Terrainwesen erfolgt; im Mai 1907 nur eine mit einem Kapital von 710 000 M. Relativ gering war im Mai dieses Jahres die Neigung zur Errichtung neuer Aktiengesellschaften m. B. S. Nachdem im März 75 Terraingesellschaften in der Form von G. m. B. H. mit einem Grundkapital von zusammen 4,46 Millionen Mark neu gegründet worden waren und der Monat April 85 Gesellschaften mit 4,37 Millionen Mark Kapital gebracht hatte, belief sich die Zahl der neu gegründeten Terrain- und Baugesellschaften m. B. S. im Mai auf 49, das in diesen investierte Stammkapital auf 2,31 Millionen Mark. Im Mai vorigen Jahres hatten sich die Neugründungen von Gesellschaften m. B. S. auf 60 mit einem Kapital von 3,49 Millionen Mark gestellt. Ganz geringfügig war der Ausdehnungsdrang bestehender Gesellschaften im Mai. Bei Gesellschaften m. B. S. wurden überhaupt keine Kapitalerhöhungen vorgenommen, bei Aktiengesellschaften erhöhten zwei Firmen ihr Kapital insgesamt um 930 000 M.

„Sitz Berlin“ als Wächter über die Unabhängigkeit unserer Verbände. Im Anschluß an einen Bericht über die Generalversammlung des sozialdemokratischen Maurerverbandes schreibt der „Berliner Arbeiter“ folgendes in seiner bekannten Art, was wir mit seinem angewandten Sperr- und Fettdruck wiedergeben:

„Auf ein bedeutsames Vorkommnis muß aber hier noch hingewiesen werden, aus dem die Abhängigkeit, ja geradezu die Hörigkeit des christlich-interkonfessionellen Bauarbeiterverbandes vom sozialdemokratischen wieder einmal klar zu Tage tritt. In seiner Schlussrede am Ende der Verhandlungen des sozialdemokratischen Kongresses in Charlottenburg richtet der sozialdemokratische Vorsitzende Bömelburg die Anforderung an seine Genossen, immer eines Sinnes zu bleiben, mit dem sozialdemokratischen Zimmererverbande, sowie mit dem christlichen Bauarbeiterverband. Ueber letzteren sagt Bömelburg wörtlich nach Nr. 163 des „Vorwärts“:

„Desgleichen müßte er das gute Einvernehmen mit den leitenden Personen der christlichen Organisationen betonen, von deren Seite während der ganzen Bewegung keinerlei Schwierigkeiten breitet worden seien. An dieser Stelle möge ausgesprochen werden, daß, wenn es gelang, den Kampf erfolgreich zu Ende zu führen, dies nur der Einheit der vier in Betracht kommenden Organisationen zu verdanken sei. Dieses Verhältnis solle auch in Zukunft mit den christlichen eingehalten werden, ganz abgesehen von dem, was uns sonst grundsätzlich voneinander trennt. Häufige Kampfesweisen zwischen den beiderseitigen Organisationen seien auf jeden Fall zu vermeiden. Verlangen müssen wir allerdings, daß die Christlichen auch fernerhin niemals mit den Unternehmern in Unterhandlungen treten ohne Hinzuziehung der anderen Organisationen. Nur wenn ehrlich und offen vorgegangen werde, könne man gemeinsam arbeiten.“

Eine gleiche Gefolgschaft leisteten bekanntlich auch die Vertreter des christlichen Holzarbeiterverbandes den Sozialdemokraten bereits im Jahre 1907 in Kassel bei den Verhandlungen betr. die Regelung der Arbeitszeit in der deutschen Holzindustrie, indem sie laut „Jahrbuch 1907 des deutschen Holzarbeiterverbandes“ Seite 63 gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Verhandlungen zu führen sich verpflichteten und dabei sogar den Ausschluß unserer katholischen Berufsorganisation, die sich weigerte, der Sozialdemokratie unbedingte Gefolgschaft zu leisten, von den Verhandlungen verlangten.

Und so etwas nennt sich alsdann „Kampf gegen die Sozialdemokratie“!

Das ist „Sitz Berlin“. Aus solchen „Blüten“ saugt er seinen Honig. Wo das Demunziantengesetz zur zweiten Natur geworden ist, kann nichts anderes erwartet werden. Gewiß, wir haben mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsam gearbeitet, und warum? Lassen wir darüber den „Arbeiter“ von „Sitz Berlin“ selber reden. Er schreibt in seiner Nr. 15 vom 10. April über die Anträge des Arbeitgeberbundes:

„Das also ist die Unterlage zu neuen Tarifverträgen, durch deren Annahme allein der Friede im deutschen Baugewerbe gesichert werden soll. Jedem Einseitigen muß ohne weiteres auffallen, daß die obengenannten Hauptdifferenzpunkte, falls sie angenommen werden, für die Arbeiter erhebliche Verschlechterungen gegenüber den bisherigen Verhältnissen bringen. Deshalb ist es begreiflich, wenn sich die deutsche Bauarbeitergewerkschaft gegen derartige Annahmen der Arbeitgeber mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln wehrt.“

Na, das haben wir getan. Und da die sozialdemokratischen Gewerkschaften auch nichts anderes wollten, wir, und wir auch hier ersichtlich „Sitz Berlin“ daher ein gemeinschaftliches Arbeiten verantworten konnten, deshalb haben wir mit jenen zusammen gearbeitet. Nur daß wir uns trenn gelieben sind und gegen jede Verschlechterung konsequent ankämpften, während „Sitz Berlin“ den Bauarbeitern allerorts, wo er mit einigen Fachabteilungsmitgliedern in Frage kam, jämmerlich in den Rücken fiel. Wir werden unsere Aufwartung darüber noch machen.

„Sitz Berlin“ die Wendung von Bömelburg, daß wir niemals mit den Unternehmern verhandeln sollten, ohne Hinzuziehung der anderen Organisationen verstanden, oder will er sie

nicht verstehen? Sein Hinweis auf den christlichen Holzarbeiterverband und den Ausschluß der „katholischen Berufsorganisationen“ läßt vermuten, daß er den Glauben erwecken will, Bömelburg wolle gerade dieses erreichen. Gewiß, das paßt in das Demunziantengesetz von „Sitz Berlin“, in Wirklichkeit wollte Bömelburg nichts anderes sagen, als daß wir ohne die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände nicht mit den Unternehmern verhandeln sollten. Das liegt in unserem eigenen Besten und hängt davon ab, ob das was erreicht werden soll, nicht gegen unsere grundsätzliche Auffassung verstößt. Und wir fühlen uns, sobald das nicht zutrifft verpflichtet, im Interesse der deutschen Bauergewerkschaft ein Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Stimmt Herr Dr. Fleischer im Reichstag nicht auch gelegentlich mit den Sozialdemokraten? Nur vor seine Idee von gewerkschaftlichen Aufgaben hat, kann so reden wie „Sitz Berlin“.

Bömelburg hat recht, wenn er bei einem Zusammengehen Offenheit und Ehrlichkeit fordert. Wenn man mit jemand ein Bündnis zu einem bestimmten Zweck abschließt, muß dieser auch Bündnisfähig sein. „Sitz Berlin“ ist das nicht, Hinterhältigkeit und Demunziantentum ist ihm zur zweiten Natur geworden. Damit ist ein Zusammenarbeiten nicht möglich. Im übrigen bleibt unsere Stellung gegenüber der Sozialdemokratie die gleiche. Sie bekämpft in erster Linie uns und sie weiß warum. Wären wir nicht da, hätten die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände das Tarifmonopol im Baugewerbe erreicht, denn Fachabteilungen, die den christlich gestimmten Bauarbeitern ihre Rechte sichern sollten, gibt es ja gar nicht. Selbst wenn man mit der Laterne sucht, findet man keine solche. Oder ist mit etwa 300 Facharbeitern im gesamten Baugewerbe Deutschlands das Vaterland zu retten? Wenn Lächerlichkeit tödtet, dann hier.

„Wandelbar ist das Geschick“. Der neue Württemb. Eisenbahnerverband schreibt: Bekanntlich hat sich der „alte“ Verband auf seiner Biberacher Generalversammlung den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen u. a. mit der Begründung angeschlossen, daß eine andere Organisation wie die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine für den Anschluß des alten Eisenbahnerverbandes nicht in Frage kommen könne. Im „Schwäb. Eisenbahner“ Nr. 11 (1909) klingt es aber ganz anders. Zu einem unter redaktioneller Verantwortung Eugen Roths erschienenen Artikel „Unsere Stellung zu der christlichen Gewerkschaftsbewegung“ heißt es u. a.:

„Die Verkehrsbedienstetenverbände (also sowohl der Verband der Württ. Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsbediensteten, als auch der Verband der Württ. Post- und Telegraphenbediensteten) sind nach unserer Auffassung zweifellos christliche Gewerkschaften. Sie haben die wirtschaftliche Sehung eines besonderen Berufsstandes auf ihre Fahne geschrieben und suchen dieses Ziel ohne Einmischung von politischen und konfessionellen Fragen, aber auf der breiten Basis der christlichen Weltanschauung zu erreichen. Sie tragen demnach alle charakteristischen Merkmale der christlichen Gewerkschaften an sich, und es wird kaum ein Zweifel darüber obwalten können, daß sie in Wirklichkeit christliche Gewerkschaften sind.“

Erkläret mir, Graf Decidur, diesen Zwiespalt der Natur!

Tarifverträge und Arbeitsordnungen. Ueber die Sicherung der Tarifverträge durch Aufnahme derselben in die Arbeitsordnungen wissen die eben erschienenen „Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für 1909“ einige interessante Mitteilungen zu machen. Es heißt hier (S. 66):

Die Bedeutung der Aufnahme solcher Bestimmungen in die Arbeitsordnung, die nur auf dem Wege mündlicher Verhandlungen zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zustande gekommen sind, ist nicht zu verkennen. Schon früher wurde darauf hingewiesen, daß Wirklichkeiten in der Einhaltung des Vertrags erschwert sind, daß die Mängel des Tarifvertrags, dessen Geltungsbereich immer zweifelhaft ist, beseitigt sind, indem kraft gesetzlicher Vorschriften die in die Arbeitsordnung aufgenommenen Vereinbarungen nicht nur für diejenigen Personen gelten, die seinerzeit beim Zustandekommen des Vertrags mitgewirkt haben, sondern für alle Arbeiter bindend sind, welche in dem betreffenden Betrieb in Stellung treten. In dem Maße, als dieser Vorgang nachahmung findet, gewinnt die Arbeitsordnung an Bedeutung und Interesse für die Arbeiter. In der Arbeitsordnung hat der Arbeitgeber den Rahmen auch für die Tarifverträge gelegt, wobei dahingestellt bleiben soll, ob und inwieweit die Förderung dieser neuesten Form der Festlegung der Arbeitsbedingungen beabsichtigt gewesen ist. Tatsache ist, daß große Unternehmerverbände einheitliche Formulare für die Arbeitsordnung an ihre Mitglieder ausgeben, und daß sie hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit und sonstiger, wichtiger Vertragsbestimmungen den einzelnen Mitgliedern des Verbandes nur noch eine bescheidene Bewegungsfreiheit lassen. Für die Arbeiter ist es nabeliegend, diese zentrale Regelung aufzugeben und auch ihrerseits zu verlangen, daß in Betrieben derselben Art auch die Arbeitsbedingungen nach Form und Inhalt einheitlich geregelt werden.

Ob die Anregung in der Praxis durchführbar ist, wollen wir für heute nicht untersuchen, jedenfalls werden die Gewerkschaften nicht umhin können, derselben Beachtung zu schenken.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Lügde (Sperrte über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Hannover (Dachdecker), Eperre über die Firma Ruß und die Hannoverische Bedachungs-Gesellschaft, Geln, gesperrt sind die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurzbäum aus Bonn, Rhymont, Streif. Zugung ist fernzuhalten.

#### Berirk Geln.

M.-Glabbach, 30. Juni. Die Stukkateure und Plasterer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert werden 62 Pf. für Bau- und 57 Pf. für Werkstatt-Stukkateure, für Plasterer 55 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Bisher bestand kein Tarifvertrag. Eine Versammlung am 28. Juni hat sich mit dem Vertragsentwurf befaßt. Es muß aber jetzt an die Kollegen liegen, die noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen.

Merdingen, 30. Juni. Die hiesigen Bauunternehmer weigern sich, den Tarifvertrag anzuerkennen.

#### Berirk Königsberg i. Pr.

Zur Beilegung der örtlichen Differenzen, sowie Abschluß der örtlichen Verträge fanden am Dienstag, den 28. Juni, im Verbandlokale des Dstpr. Arbeitgeberverbandes zu Königsberg Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen statt. Für die Stadt Königsberg wurde eine Einigung bis auf wenige Punkte erzielt. Der Hauptstreitpunkt bildet die Lohnfrage für 1910. Die Arbeitszeit ist von 60 auf 59 Stunden pro Woche verkürzt. Die Vertreter unserer Organisation, welchen sich die anderen angeschlossen, verlangten hierfür einen Ausgleich von 1 Pf. pro Stunde. Da

die Unternehmer dieses entschieden ablehnten, so soll die bisherige zweite Instanz, das Gewerbegericht, endgültig entscheiden. Ein vollständig Einigung wurde in Tilsit und Weimel erzielt, nur bezüglich des Grundlohnes der Bauarbeiter soll das dortige Gewerbegericht angerufen werden.

Die Unternehmervertreter aus den übrigen Städten, wie Parthenstein, Schippenbeil, Heilsberg, Malsburg, Mittenau, Merode und Braunsberg lehnen den Dresdener Schiedsspruch ab. Werden sich die Unternehmer in diesen Orten nicht bald noch befinden, so wird es wohl unvermeidlich zur Arbeitsruheberlegung kommen.

Was sagt aber hierzu der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe? Hatte der Vorsitzende des Dstpr. Arbeitgeberverbandes sich schärfer für die Anerkennung des Schiedsspruchs ins Zeug gelegt, so wäre es womöglich doch noch zur Einigung gekommen. Nachdem dieses aber nicht geschah, im Gegenteil, angesprochen wurde, daß die Lohnherabsetzung für die Kleinstädte zu hoch sei, war von diesen Unternehmern nichts anderes zu erwarten.

(Anmerkung der Redaktion. Bei der Zusammenkunft der Zentralvorstände in Halle wurde die Ablehnung des Schiedsspruches durch die vorgenannten Städte mitgeteilt. Herr Waurat Felisch erklärte im späteren Verlauf der Verhandlungen, daß er deswegen telephonisch in Königsberg bei Herrn Kaufser angefragt habe. Es sei ihm erklärt worden, dort sei absolut nichts von der Ablehnung bekannt. Wir stehen hier also vor einem Rätsel, auf das wir uns vorläufig keinen Vers machen können.)

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 10. Juli der neunzehnte Wochenbeitrag fällig ist.

Mülhausen i. G. (Sozialdemokratische Agitationsmethoden und wie man uns im Elsaß bekämpft.) Der häßliche und verwerfliche Kampf der Genossen gegen die christlichen Gewerkschaften hier am Plage hat in letzter Zeit (auch während der Bauarbeiterausperrung) wieder Formen angenommen, die die Kritik geradezu herausfordern. Es liegt den „Genossenführern“ schwer im Magen, daß die christlichen Organisationen im Elsaß, besonders in Mülhausen, sich langsam aber stetig vorwärtsentwickeln. Hat doch z. B. der sozialdemokratische Textilarbeiterverband im Elsaß, wie das Organ genannten Verbandes in Nr. 23 in einem Artikel über die Entwicklung der Mitgliederzahl selbst zugibt, gewaltig an Mitgliedern zugezogen. Nach den Feststellungen des „Textilarbeiters“ betrug die Mitgliederzahl am 1. Januar 1908: 7011, am 1. Januar 1909: 4824 und am 1. Januar 1910 bloß noch 3680, und zurzeit sollen es keine 3000 mehr sein. Diese Zahlen sind sehr interessant. Sie beweisen zunächst, daß die ganze Hehe über die Finanzreform das gerade Gegenteil gebracht hat, als wie die Genossen gehofft haben. Bei dieser Rückwärtsentwicklung ist es noch von Belang, daß trotz der größeren Zahl der Verbandsbeamten gegen früher, ein wesentlich höherer Mitgliederverlust zu verzeichnen ist, als bei dem christlichen Verband in demselben Bezirk. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Bauarbeitern in Mülhausen. Der sozialdemokratische Maurerverband hatte im Jahre 1907 nach dem Streik 600 Mitglieder, entwickelte sich aber rückwärts und zählte am Tage der Ausperrung (16. April 1910) bloß noch 204 Maurer und Zementeure. Auch der sozialdemokratische Bauhilfsarbeiterverband, der 1907 nahezu 1000 Mitglieder hatte, hatte sich bis zum Tage der Ausperrung auf 300 Mitglieder rückwärts entwickelt. Wie sagte doch der Vorsitzende des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in einer Gaukonferenz in Mülhausen: „Diese ungünstige Entwicklung ist in erster Linie auf die mangelhafte Erziehung und Schulung der Mitglieder zurückzuführen.“ — Er mag recht haben, er muß es ja wissen; er mußte ja schon so manchem Streik im Elsaß das Genick abbrechen. Der Auffassung unserer Verwaltungsjahre ist erfreulicherweise ein sehr günstiger. Zählt doch unsere Verwaltungsjahresstelle heute 358 Mitglieder. Dieser Aufschwung ist gewissen sozialdemokratischen „Größen“ schwer in die Glieder gefahren. Während des gemeinsam geführten Abwehrkampfes haben die Beamten genannter Verbände kein Mittel unversucht gelassen, um gegen unseren Verband und dessen Leitung zu gehen. Nicht offen in Versammlungen, nein, dazu ist man anscheinend zu feige, wohl aber hinterrücks im Verborgenen. Nach dieser Richtung hin hat sich der Lokalbeamte des „freien“ Maurerverbandes besonders hervorgetan. In geradezu blödsinniger Weise hat man einige unserer Kollegen zum Uebertritt zu bewegen versucht. Man schwindelte ihnen vor, der christliche Verband würde nach der Ausperrung mit dem „roten“ Maurerverband verschmelzen. Und solchen Blödsinn noch mehr. Auch hat man es an Verleumdungen gegen den Beamten unseres Verbandes nicht fehlen lassen. Warum, ist begreiflich. Der Boden wird für sie zu heiß. Den Rekord in der Anwendung „geistiger“ Waffen im Gewerkschaftskampf hat unstreitig der Gastwirt (genannt „Löwenwirt“) und Gewerkschaftssekretär (Gauleiter) des „Deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Genosse Weingorn, erreicht, wie folgender Vorfall zeigt. Ein Kollege unseres Verbandes (Mitglied der Streikkommission) überbrachte Montag, den 13. d. Mis, früh, der Leitung des christlichen Textilarbeiterverbandes die Meldung, daß die Paderminer der Firma Rivoire & Carret im Streik ständen. Da auch sozialdemokratisch organisierte Paderminer beteiligt waren, wollte der Kollege, ohne hierzu im geringsten verpflichtet zu sein, auch die soz. Verbandsleitung in Kenntnis setzen. Das Bureau war indessen noch nicht geöffnet. Als Mitglied der Streikkommission unseres Verbandes wurde nun der Kollege vom Streikleiter unseres Verbandes beauftragt, im soziald. Streikbureau der Maurer, das sich in der Wirtschaft Weingorn befand, ein Mitgliedsbuch, das der Lokalbeamte des roten Verbandes einem christlich organisierten widerrechtlich abgenommen hatte, abzuholen. Dort, im sogenannten „Löwen“, angekommen, wurde unser Kollege gleich vom „Gastwirt und Gauleiter“ des soziald. „Textilarbeiterverbandes“, Genosse Weingorn, angepöppelt und erhielt nach einem Wortwechsel einen Schlag von letztgenanntem ins Gesicht. Natürlich setzte sich unser Kollege zur Wehr. Daraufhin fiel die ganze Meute im Streikbureau über ihn her und brachten ihm erhebliche Verletzungen im Gesicht und am Körper bei. Und dies alles aus Mut darüber, daß unser Kollege die christliche Verbandsleitung rechtzeitig von dem erwähnten Streik benachrichtigt hat und deshalb die Genossen zu spät erschienen. Ein älterer Arbeiter, der dem Ueberfall auf unseren Kollegen mit angesehen hatte, fällte folgendes Urteil über Weingorn und seine Helfershelfer: „Das sind keine Menschen mehr, das ist eine S... herbe.“ — Auch wir sagen, solche „Arbeiterführer“, die zu Tätligkeiten übergehen müssen, um ihr Ziel zu erreichen, sind Menschen zweiter Klasse. Nun ja, von „Arbeiterführern“ vom Schlage Weingorns, dem gerichtlich nachgewiesen ist, daß er im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften mit den größten Lügen und Verleumdungen ar-

beitet, ist keine andere Haltung gegen die christlichen Gewerkschaften zu erwarten. Diese Verleumdungen werden natürlich von Mülhauser Sozialistenblatt, der „M. Volksztg.“, unterstützt. Auch in Kolmar im Elsaß wissen die Genossen ihre „geistigen“ Waffen anzuwenden. Zwei bei uns organisierte Wipser hatten einen Neudruck, den Herr Roth in eigener Regie ausführen ließ, übernommen. Als sie mit der Arbeit beginnen wollten, wurden sie von den roten Wipsern daran gehindert. Nach einigen Wochen hatte dann die Streikleitung der „Genossen“ sich selbst um diese Arbeit bemüht. Als unsere Kollegen davon Wind bekamen, wandten sie sich an Herrn Roth, und dieser erklärte ihnen, wenn sie die Arbeit ausführen wollten, so müßten sie sofort anfangen, andernfalls er sie den „Noten“ übergeben würde, denn diese hätten schon mehrmals, um die Arbeit zu machen, bei ihm angefragt. Als nun die zwei Kollegen unserer Organisation die Arbeit machen wollten, wurden sie von den Genossen gehindert. Damals war es Streikarbeit nach Ansicht der Genossen. Unsere Kollegen bekamen nun die Arbeit, und mit ihnen gingen noch sechs „freiorganisierte“ Wipser an. Jetzt war es natürlich keine Streikarbeit mehr! Als nun die Arbeit bald fertiggestellt war, wurden die sechs „freiorganisierten“ entlassen. Unsere Kollegen sollten die Arbeit fertigstellen. Daraus große Wut bei den „Genossen“. Als sich nun der Vorstand der „freien“ Wipser verglich wieder um Einstellung seiner Mitglieder bemüht hatte, wurden unsere Kollegen in hinterlistiger Weise in das soziald. Verbandslokal gelockt. Hier wurden sie mit den größten „Schmeicheleien“ bedacht und mit Alkohol traktiert, um den hinterlistigen Ueberfall, der geplant war, besser ausführen zu können. Unsere Kollegen wurden dann auch auf dem Heimweg von einigen „freien“ Wipsern überfallen und blutig geschlagen, so daß sie mehrere Tage arbeitsunfähig waren. Nun ja, die „führenden“ Genossen im Elsaß haben ihren früheren Selbsten ein weiteres „Nahmesblatt“ zugefügt. Nur so weiter, uns kann es nur recht sein. Um so eher erkennt der vernünftige Teil der Arbeiterschaft, wo sein Platz ist, nämlich in den christlichen Gewerkschaften. Das im Elsaß bei den „Genossenführern“ beliebte „geistige“ Nützling hat bis jetzt im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften versagt. Nun versucht man's mit Gewalt. — Auch damit werden die Genossen Fiasco machen. Sie sollen uns auf dem Posten finden. Unsere Kollegen im Elsaß rufen wir zu: Wehret euch vom soziald. Terrorismus! Stärkt unsere Organisation! Nur durch die Macht unserer Organisation können wir solchen Menschen imponieren! Kollegen alleorts: Auf zur tatkräftigen Agitation.

**Paderborn.** (Bezirkskonferenz.) Am Sonntag, den 26. Juni, fand im „Preussischen Hof“ zu Paderborn eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen und die Dresdener Schiedsprüche, 2. die Geschäftsführung in den Verwaltungs- und Zahlstellen, 3. Agitation. Erschienen waren 30 Delegierte, es fehlten ohne Entschuldigung 4 Delegierte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen Bezirksleiter Kollege Werner und vom Zentralvorstand Kollege Meyer. Es folgte hierauf eine ausgiebige Diskussion. Das Ergebnis der Aussprache war, daß eine Resolution zur Annahme gelangte, folgenden Inhalts: „Die am 26. Juni in Paderborn tagende Bezirkskonferenz nimmt den Bericht über die gepflogenen Verhandlungen und die gefällten Schiedsprüche entgegen. Wenn auch nicht alle Wünsche der Arbeiter in Erfüllung gegangen sind, so muß unter allen Umständen anerkannt werden, daß die baugewerblichen Organisationen der Arbeiter einen großen Erfolg errungen haben, bahingehend, daß das von dem Arbeitgeberbund vorgelegte, den Menschenrechten höhnpredigende, Vertragsmuster beseitigt ist. Des weiteren erkennt sie an, daß eine Lohnerhöhung im Gesamtbeitrag von 5 Pf. pro Stunde ebenfalls ein großer Erfolg für die Bauarbeiter ist. Dem Hauptvorstande und der Verhandlungskommission sprechen die Delegierten ihr volles Vertrauen aus und verpflichten sich, für die Durchführung der Dresdener Schiedsprüche zu sorgen.“ Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Meyer recht gute Anweisungen, welche geeignet sind, den Vorstandskollegen und Verwaltungsführern die Geschäftsführung zu erleichtern. Im letzten Punkt wurde beschlossen, eine planmäßige Agitation einzuleiten, um die noch außenstehenden Kollegen zu gewinnen. Gleichzeitig wurde von den Delegierten beschlossen, den Winterbeitrag pro Woche von 10 Pf. festzuhalten, und wo es möglich ist, schon im Spätherbst damit anzufangen. Nachdem noch vom Bezirksleiter ein begeistertes Schlusswort an die Delegierten gerichtet wurde, erfolgte ein brausendes Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Schluß der Konferenz 4 Uhr nachmittags.

**Aus untern christlichen Verbänden.**

Der Geschäftsbericht des christlichen Metallarbeiterverbandes zu der vom 3. bis 6. Juli d. J. stattfindenden Generalversammlung bietet unter anderem für die Jahre 1908 und 1909 interessante Berechnungen aus dem inneren Gewerkschaftsleben. Von den 24002 Mitgliedern des Verbandes stehen 66,48 Prozent im kräftigen Mannesalter bis 35 Jahre. Gegenüber dem Jahre 1907, wo dieses Alter mit 64,71 Prozent vorhanden war, trat eine Verbesserung ein. Der Anteil der jugendlichen Mitglieder bis zu 20 Jahren beträgt 12,99 Prozent gegen 11,29 im Jahre 1907. Im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sind 11,91 Prozent der Mitglieder jugendlich unter 20 Jahren.

Ueber die Beteiligung der Mitglieder an der Erwerbslosenunterstützung im Verband sagt der Bericht, daß 1908 an Krankheitsfällen 4881 zu verzeichnen waren, 1909: 4262. Unterstützungstage entfielen auf 31.746. Fälle: 1908: 116.383 und 1909: 115.969. Hierfür wurden im Jahre 1908: 124.768,38 Mark Krankunterstützung ausbezahlt und 1909 steigerte sich die Summe auf 135.079,09 M. Die Steigerung wurde hervorgerufen durch die höheren Anrechte, welche von einem Teile der Mitglieder im Laufe der Jahre erworben wurden. Der Bericht zeigt auch eine Statistik der Beteiligung der Berufe an den Krankheitsfällen. Bei der Berechnung der Anteile der Altersklassen an den Krankheitsfällen ist bemerkenswert, daß das sogenannte kräftige Mannesalter am meisten von Krankheit befallen wurde.

Arbeitslose hatte der Verband im Jahre 1908: 1956 und 1909: 1805, die 1908 insgesamt 64.248 Arbeitslosentage gegen 50.141 im Jahre 1909 aufzuweisen. Hierfür wurden an Unterstützungsbeträgen 58.509,77 M im Jahre 1908 und 46.487,95 Mark 1909. Diese Zahlen zeigen, daß der christliche Metallarbeiterverband seinen Mitgliedern in den Tagen der Not eine kräftige Stütze ist.

Die Bemühungen des Verbandes, seinen Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, waren trotz der Krisenjahre von Erfolg gekrönt. Bei 199 Streiks und Lohnbewegungen mit 4435 beteiligten Mitgliedern in den beiden Jahren 1908/09 sind 170.819 M direkte Lohnerhöhungen und 220 Stunden Arbeitszeitverlängerung erreicht worden. Auf den Kopf der Beteiligten und pro Jahr umgerechnet, ergibt sich für 1908 die Summe von 65 M und 1909 sogar 120 M. Die

wöchentliche Summe ist für die Beteiligten verschieden, von 0,80 M bis 6 M. 859 Mitglieder erhielten eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit von durchschnittlich 118 1/2 Stunden pro Jahr und Mitglied.

In 29 Tarifverträgen ist der christliche Metallarbeiterverband beteiligt. In welchem krupelloser Art von sozialdemokratischer Seite gearbeitet wird, um es zu vereiteln, daß der christliche Metallarbeiterverband mitbeteiligt ist an Tarifverträgen, beweisen die im Wortlaut wiedergegebenen Briefe betreffend eine Tarifbewegung im hiesigen Industriegebiet. Interessant ist auch der Versuch der bayerischen Metallindustriellen zur Einrichtung einer Schlichtungsinstanz für Bayern. Dieser Versuch, den der christliche Metallarbeiterverband gene unterstützte, ist gescheitert an dem haltlosen Machtwort des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Den Schaden davon haben die Arbeiter. Auf dem Gebiete des Werkpensionswesens ist der christliche Metallarbeiterverband ebenfalls nicht untätig gewesen, davon zeugt eine Petition an den Bundesrat und Reichstag. Zwei obliegende wichtige Urteile gegen die Anknüpfung der Burbacher Hütte und die Pensionskasse der Firma Karcher & Co. in Beckungen, zeugen unter anderem von erfolgreichem Rechtsschutz, den die Mitglieder durch den Verband haben. Die Wirtschaftsprüfung stand während der Jahre 1908/09 einer erfolgreichen Gewerkschaftstätigkeit noch hindernd im Wege. Wenn der christliche Metallarbeiterverband in seinem Geschäftsbericht trotzdem noch solche Erfolge verzeichnen kann, so zeugt das von einer gesunden gewerkschaftlichen Tätigkeit.

**Volkswirtschaftliches u. Soziales.**

**Zur Alkoholfrage.** Ein besonders gutes Aufklärungsmittel im Kampf gegen den Volksfeind Alkohol bildet das nachstehende, vom kath. Völkertumsbund Deutschlands herausgegebene Flugblatt:

- Dehn Tatsachen über den Alkohol.**
- Es ist Tatsache,** daß Jahr für Jahr etwa 370 000 000 Liter Wein, 7 000 000 000 Liter Bier, 700 000 000 Liter Branntwein in Deutschland getrunken werden. Auf den Kopf der Bevölkerung (Frauen und Kinder eingerechnet) kommen 7 Liter Wein, 125,1 Liter Bier, 12,9 Liter Branntwein.
  - Es ist Tatsache,** daß für diesen Genuß jährlich 3 000 000 000 Mark geopfert werden, d. h. fast viermal so viel als Meer und Marine kosten. Auf den Kopf kommen etwa 57 M, auf jede Familie 285 M.
  - Es ist Tatsache,** daß alle geistigen Getränke (auch das Bier und der Apfelbrand) Alkohol enthalten, d. h. einen Stoff, der, für sich genommen, ein Gift für den menschlichen Organismus ist. Sehr starker Genuß geistiger Getränke kann daher auf der Stelle töten. (Alkoholvergiftung.)
  - Es ist Tatsache,** daß die landläufigen Vorstellungen von der Wunderkraft des Alkohols irrig sind, daß er keineswegs als Stärkungsmittel, Nahrungs- oder Erwärmungsmittel gelten kann, vielmehr eine gesunde Ernährung beeinträchtigt, die Körperwärme erniedrigt, die Leistungsfähigkeit vermindert. Kleiner Genuß geistiger Getränke vermögen den ermüdeten Muskel auf kurze Zeit zu beleben, bewirken aber bald darauf eine um so größere Erschlaffung. Der Alkohol gleicht der Peitsche, die den Gaul zu größerer Anstrengung treibt, aber ihm keine Kraft gibt. — Enthaltene Soldaten und Arbeiter sind am ausdauerndsten. —
  - Es ist Tatsache,** daß der Alkohol, im Uebermaß genommen, das Blut verdirbt, die ehesten Organe angreift, zu vielen Krankheiten führt, zahllose Unglücksfälle verursacht und rund 80 000 Deutsche Jahr für Jahr dem Grabe zuführt. Alkoholiker sind die ersten Opfer der Epidemien. — Erkranken, sterben sie eher. — Verletzungen und Verwundungen sind bei ihnen dreimal so oft tödlich als bei Nichttrinkern. — In Warschau starben an der Cholera 1848—1849 von erkrankten Trinkern 91 Prozent, von Nichttrinkern nur 19 Prozent. — Augenentzündung rufft starke Trinker unheimlich schnell dahin. — In den Alkoholgewerken kehrt der Tod mit Vorliebe ein.
  - Es ist Tatsache,** daß der Mißbrauch des Alkohols die Weisheit, die geistige Tätigkeit aufs schwerste schädigt, die Irrenhäuser bevölkert und jährlich Tausende im Säufertwahn vor den ewigen Richter befördert. Mindestens der vierte Teil aller Irren und Delinquenten verdankt dem Alkohol sein trauriges Los — in Deutschland Jahr für Jahr etwa 30 000.
  - Es ist Tatsache,** daß der Alkohol unzählige an den Bettelstab bringt, namenloses Unglück in die Familien hineinträgt und so das große Meer der Unzufriedenen Tag für Tag in gefährlicher Weise vermehrt. Wer täglich 1 Liter Bier trinkt, vertrinkt in 20 Jahren ein kleines Haus mit Garten. — Hundert Einwohner einer Gemeinde vertrinken bei ihrer täglichen Ausgabe von 30 Pf. in 10 Jahren (einschl. Zinsen) 130 288 M.
  - Es ist Tatsache,** daß der Alkohol bei der Mehrzahl aller Verbrechen seine Hand im Spiele hat, eine Hauptursache der verbreitenden Pest der Unsitlichkeit ist und Jahr für Jahr über 200 000 Deutsche vor die Strafgerichte führt. Mindestens 1600 seiner Opfer treibt der „Sorgenbrecher“ Alkohol jährlich in der Verzweiflung zum Selbstmord.
  - Es ist Tatsache,** daß der Alkohol für Kinder reines Gift ist, daß er ihre körperliche und geistige Entwicklung hemmt, ihre Nerven überreizt, ihre Willenskraft schwächt, ihre Sittlichkeit gefährdet, in viele den Feind der Trunksucht legt und so die ganze sittliche, geistige und körperliche Zukunft unseres Volkes in Frage stellt. „Tausende von Wütkern vergiften in systematischer Weise ihre Neblinge durch ein Mittel, welches dieselben verdirbt, schlaff und energielos und nach Umständen zu körperlichen und geistigen Krämpfen macht.“ (Prof. Dr. Kraepelin.)
  - Es ist Tatsache,** daß völlige Enthaltung von geistigen Getränken für niemand von Nachteil, vielen überaus nützlich und für nicht wenige, namentlich die willensschwachen Opfer der Trunksucht, die einzige Rettung ist. Der billige Preis des Flugblattes (100 Stück 50 Pf., 500 Stück 2 M., 1000 Stück 3 M.) macht es besonders geeignet zur Massenverbreitung. Das Flugblatt ist zu beziehen von der Zentralfstelle des obengenannten Vereins: Erier, Speerstraße 16.

Eine neuere nordamerikanische Erhebung von Wirtschaftsprüfungen in Arbeiterfamilien hat bezüglich des Alkoholverbrauchs zu folgenden Ergebnissen geführt: Von 361 Arbeiterfamilien wurden, nach dem Einkommen gegliedert, für Alkohol in und außer dem Hause durchschnittlich ausgegeben:

Einkommen	Ausgaben für Alkohol	in % des Einkommens
Dollar	Dollar	
400—599	18,47	2,7
600—699	27,25	4,2
700—799	32,52	4,4
800—899	37,65	4,4
900—999	36,65	3,9
1000—1099	50,76	4,9
1100—1199	59,96	5,2

Ueber die Beteiligung der verschiedenen Nationalitäten an Alkoholen ergab die Untersuchung, daß von den untersuchten Familien überhaupt Ausgaben für im Hause genossenen Alkoholen verzeichneten:

46,3 %	der Familien nordamerikanischer Herkunft,
71,7 %	der Familien deutscher Herkunft,
70,8 %	der Familien irischer Herkunft,
67,9 %	der Familien baltischer Herkunft,
100,0 %	der Familien böhmischer Herkunft,
89,4 %	der Familien russischer Herkunft,
84,4 %	der Familien österreichischer Herkunft,
98,2 %	der Familien italienischer Herkunft.

Wieviel selbstverschuldetes Elend mag in diesen Zahlen haften sein?

**Soziale Rechtsprechung.**

**Unfall auf dem Wege von der Fabrikantinn zur Fabrik.** Ein Fabrikant hatte für seine Arbeiter eine Kantine errichtet, welche sich jedoch nicht unmittelbar bei der Fabrik befand, sondern von dieser durch eine öffentliche Straße getrennt war. Die Mittagspause für die Arbeiter betrug 1 1/2 Stunden, und war jedem freigestellt, die Kantine zu besuchen. Inzwischen beachteten die wenigsten Arbeiter ihre Mittagspause in der Kantine; ein großer Teil blieb in den Fabrikräumen, viele gingen in ihre nahegelegenen Wohnungen, und viele andere Arbeiter suchten eine in der Nähe befindliche Gastwirtschaft auf. Ein Arbeiter besah sich nun ein Arbeiter zusammen mit etwa 35 Kollegen in der Kantine; fünf Minuten vor Beendigung der Pause erließ die Fabrikpfeife, und der erwähnte Arbeiter machte sich auf den Weg zur Fabrik, wobei er sich besonderer Eile bemächtigte. Der Arbeiter wollte er während des schnellen Gehens noch ein Schnel aus seiner Kaffeeladung nehmen, und wußte nicht, daß er an den Mund setzte, ließ er mit dem Magen gegen die Kantine eines auf der Straße stehenden Wagens, und zwar heftig, daß er an der erlittenen Verletzung starb. Die Hinterbliebenen verlangten von der Berufsgenossenschaft Zahlung eines Monats, indem sie behaupteten, der in Rede stehende Unfall als Betriebsunfall anzusehen; das Reichversicherungsamt jedoch den Unfall als Verkehrsunfall abgelehnt. Der Verletzte war, so wird dem Urteil ausgesprochen, während der Dauer der Mittagspause aus dem Betriebe ausgeschieden, und er blieb dies noch, lange er nicht den öffentlichen Bereich des Betriebes wieder erreicht hatte. Wenn der Arbeiter auch die Fabrikantinn benützt hätte, so kann dies doch nicht anders beurteilt werden, als wenn er ganz in der Nähe befindliche Gastwirtschaft aufgesucht hätte, da auch die Fabrikantinn lag nicht auf dem Fabrikgrundstück, und ein Zwang zum Besuche der Kantine bestand für die Arbeiter nicht; überdies besah der Verunglückte sich, als der Unfall geschah, auf einer öffentlichen Straße. Wenn diese auch gewissen Tageszeiten fast ausschließlich von Arbeitern der Fabrik benützt wurde, so ist sie deshalb doch nicht ein Teil der zur Fabrik gehörigen Betriebsstätte zu betrachten, da durch jene Benutzung ihre Bedeutung als ein dem öffentlichen Verkehr dienender Weg, über den dem Arbeitgeber kein besonderes Verfügungsrecht zustand, nicht geändert wird. — Der Verunglückte war auch zu der Kantine, welche er benutzte, um zur Fabrik zu gelangen, keineswegs genötigt, denn es steht fest, daß er unmittelbar nach dem ersten Signal den Rückweg seiner Arbeitsstätte angetreten hat, und daß er zu irgendwelcher Kantine nicht genötigt war, da er nur 60 Meter von der Arbeitsstätte entfernt war, also in den fünf Minuten, die er zur Zeit hatte, ohne Kräfte hätte zurücklegen können.

**Von den Arbeitsstellen.**

**Berlin, 23. Juni.** Der 19 Jahre alte Arbeiter Rudolf Fröhlich stürzte von einem an der westlichen Giebelwand des Hauses Großgörschenstr. 29 in Höhe des vierten Stockwerks angebrachten Schuttdach, das er zum Abwischen betreten hatte, auf den angrenzenden Bahnkörper der Wanneseebahn und fiel sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er während seiner Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhaus starb. **Posen, 23. Juni.** Auf dem Neubau der Diakonissenanstalt in der Auguste-Viktoria-Straße fiel der Arbeiter Stanislaus Mayer aus einer Höhe von ungefähr 10 Metern hinab. Der geringere äußerer Kopfverletzung trat der Tod sofort ein. Der Verunglückte war Witwer, 42 Jahre alt, und hinterläßt zwei Kinder im Alter von 15 und 16 Jahren.

**Bekanntmachungen.**

Da unsere alten Mitgliedsbücher vergriffen sind, hat der Zentralvorstand, dem Beschlüsse der Münchener Generalversammlung entsprechend, Mitgliedsbücher anfertigen lassen, welche bei Bestellung von Mitgliedsbüchern statt derer zum Verkauf kommen. Die Karten sind für eine zweijährige Mitgliedschaft dauer einzulösen und wird dieselbe nach dieser Zeit durch ein Mitgliedsbuch ersetzt. Ersatz für volle oder unbrauchbar gewordene Bücher können bis auf weiteres in kleinen Posten weiter von der Zentrale bezogen werden. **Der Zentralvorstand. J. A.: J. Wiedberg.**

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 181 693, lautet auf Thomas Mrofel aus Glasbütte von der Zahlstelle Zablin.

Achtung! Der Kollege Wilhelm Schraber, Werb-Nr. 190 392, wird ersucht, dem Kollegen Kirchner, Oberhausen seine Adresse anzugeben, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugesandt werden kann.

**Verwaltungsstelle Essen.** Arbeitslose oder noch in der Heimat weilende Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erhalten dauernde Arbeit nachzuweisen. Zu melden im Verbandsbureau, Frohnhauserstraße 19, 2. Etage.

**Berichtigung.** In Nummer 27 der „Baugewerkschaft“ ist uns über den Bericht der Niederrh. Landeskonferenz ein Fehler unterlaufen. Bei der Mitgliederzahl unseres Verbandes, Seite 27, muß es statt 573 Mitglieder.

**Herbetafel.** Am 23. Juni starb unser treuer Kollege Heinrich Schlachter (Mourer) im Alter von 24 Jahren infolge einer Lungenblutung. Zahlstelle Gontwig. Am 29. Juni starb unser treues Mitglied Heinrich Wolf im jugendlichen Alter von 23 Jahren an Rippenfellentzündung. Zahlstelle Breitenau (Westertal). Verwaltungsstelle Montabauer. Ehre ihrem Andenken!